

# Russisch-japanische Annäherung.

Während wir Europäer mit unseren eigenen „Familienangelegenheiten“ voll und ganz beschäftigt sind, und höchstens noch ein paar Augenblicke Zeit haben, um einen Blick wenigstens auf Amerika zu werfen, gehen auf dem Riesentontinent, der von über Dreiviertel der gesamten Menschheit bewohnt wird, Ereignisse vor sich, denen weltgeschichtliche Bedeutung zukommt. Asien, das Mutterland der Erde, ist uns nicht nur geographisch, sondern auch politisch recht weit entrückt. Und doch sollen wir nicht übersehen, daß der Kern fast aller weltgeschichtlichen Probleme gerade in Asien liegt, das gerade

in Asien das Schicksal Europas, ebenso wie das Schicksal Amerikas sich entscheiden wird.

Dort, zwischen Pacific und dem Roten Meer, zwischen dem Eismeer und dem Indischen Ocean spielen sich Dinge ab, an denen wir nicht vorbeigehen können.

Eine der brenzlichsten Stellen in Asien bildet bekanntlich China. Dort kreuzen sich die Wege Englands und Russlands, Japans und Amerikas. Und dort findet jetzt eine tiefgreifende Umschichtung politischer Beziehungen statt, die unser höchstes Interesse verdienen: eine schnell vorwärtsschreitende Annäherung zwischen alten Feinden, zwischen Japan und Rußland. In ganz kurzer Zeitspanne konnte Moskau zwei angesehenen Persönlichkeiten aus Japan begrüßen: den Großindustriellen Kihara, der ausschließlich auch eine Europareise unternahm und auch Deutschland besuchte, und den großen japanischen Staatsmann und Diplomaten Bicomte Goto. Vielleicht seinem anderen einflussreichen Fremden wurde in Moskau ein so pompöser Empfang geboten, wurde so viel Aufmerksamkeit geschenkt wie gerade diesen Japanern. Ein Banquet folgte dem anderen, Festansprache folgte auf Festansprache, spaltenlange Berichte in der Sowjetpresse. Bald erfuhr man, daß Kihara kurz nach seiner Rückkehr nach Japan Mitglied der japanischen Regierung wurde und daß auch Bicomte Goto kurz vor der Ernennung zum japanischen Außenminister steht. Hiermit war die Bedeutung des japanischen Besuches in den Augen der Moskauer Regierung noch mehr gesteigert. Als unmittelbare praktische Folgen sind bis jetzt Behebung der Handelsbeziehungen und Schließung neuer Verträge und Gewährung neuer Konzessionen zu nennen.

Das alles sind aber sozusagen nur „Nebenächlichkeiten“. Wo liegt dagegen das Schwergewicht der neuen Wendung in den Beziehungen zwischen Japan und Rußland? Wo liegt der Schlüssel zu der neuen Freundschaft zwischen diesen Hauptländern des Fernen Ostens? Dieser Schlüssel ist gerade dort zu suchen, wo die tiefsten Wurzeln zum Haß und zur Feindschaft zwischen Japan und Rußland verborgen sind. Haß und Feindschaft, die seit dem Augenblicke herrschten, wo Japan mit seinem

großartigen Aufstieg zur modernen Großmacht begonnen hat: In Nordchina, genauer im nördlichsten Teil der nördlichsten chinesischen Provinz, der Mandschurei.

Die Einigung Rußlands und Japans in der Mandschurei ist das Hauptergebnis der japanischen Besuche in Moskau. Wer hat dabei mehr Entgegenkommen an den Tag gelegt? Wohl beide Teile im gleichen Maße: Rußland infolge des Zusammenbruchs seiner Chinapolitik — und Japan infolge der Änderungen seiner Beziehungen zu China; denn Japan ist nicht mehr wie vor zwei Jahren ein allmächtiger Beherrscher des allmächtigen Beherrschers von Nordchina, Tschang-Tjo-Lin. Dieser treue Diener Japans, der schon im russisch-japanischen Kriege auf Seiten der japanischen Armee kämpfte und der seitdem mit Hilfe Japans groß geworden ist, hat sich so untreu erwiesen, wie es nur ein Chinese, oder sagen wie besser, ein chinesischer General sein kann. Anstatt sich ausschließlich auf die Mandschurei zu beschränken, und diese Provinz den japanischen Herren stets zur Verfügung zu halten, ging Tschang-Tjo-Lin nach Peking und fing an, eine national-chinesische Politik zu treiben, die im vollen Gegensatz zu den Interessen Japans steht. Inzwischen wuchs in der von Tschang-Tjo-Lin verlassenen Mandschurei eine selbständige chinesische Kanjiamannschaft heran, die den heftigsten Konfliktkrieg den japanischen Eindringlingen erklärte. Im

## Anwachsen des japanisch-chinesischen Gegensatzes in der Mandschurei

ist die Erklärung zu finden, weshalb Japan sich Rußland gegenüber nachgiebiger erwieis, als es bis jetzt der Fall war. Man muß nur gespannt sein, ob die neuangebahnte Freundschaft der ersten Feuerprobe standhalten wird. Und an Feuerproben wird es zwischen Japan und Rußland sicherlich nicht fehlen.

## Japan lehnt die U-Boot-Abrüstung ab.

Die Anregung Kelloggs auf Abschaffung der U-Bootwaffe hat in Japan nach Berichten aus Tokio verhältnismäßig geringes Interesse hervorgerufen. Die Behörden glauben nicht, daß seine Anregung von den anderen Mächten als realisierbar angesehen wird. Wenn aber die amerikanischen Vorschläge Japan formell unterbreitet werden sollten, werden sie in japanischen Marinestreifen auf Opposition stoßen, da dort das U-Boot als ein wesentlicher Teil der japanischen Verteidigungsmittel angesehen werde. Man betont in Marinestreifen, daß Japan zu weit von den Handelsverbindungen anderer Länder entfernt sei, um einen U-Bootkrieg gegen diese Länder zu führen, daß es aber seine Flugzeugmuttertschiffe und seine Küsten durch U-Boote schützen müsse.

## Deutschlands berechnete Ansprüche

8. Februar 1928

Der „Manchester Guardian“ befahte sich am Dienstag in einem sehr umfassenden Artikel erneut mit dem Problem der Rheinlandsbesetzung und dem französischen Widerstand gegen jede Art von Räumung. Das Blatt betont, daß die Tatsache nicht übersehen werden dürfe, daß die Besatzungstruppen das Rheinland nicht bestreiten um Frankreich Sicherheit zu garantieren, sie seien nach dem Wortlaut des Friedensvertrages dort als eine Garantie für die Durchführung des Vertrages. Das Deutschland die Abrüstungsklauseln des Vertrages noch nicht erfüllt habe, dieser Vorwand sei nicht länger haltbar, da Deutschland die Abrüstung vollständig durchgeführt habe. Es sei wahr, daß Deutschland nicht die gesamten Kosten der Reparationen bezahlt habe, aber es habe jeden Pfennig bezahlt, um den die Alliierten ersucht hätten und den die internationalen Sachverständigen des Daweskomitees als anbringbar bezeichneten. Gegen Deutschland könne heute keinerlei Klage wegen Nichterfüllung der Verträge vorgebracht werden. Darüber hinaus habe die deutsche Regierung durch den Locarnovertrag Garantien gegeben, die Frankreichs Sicherheitsgefühl verstärken sollten. Aber in mehr als zwei Jahren seit Abschluß des Locarnovertrages sei die gesamte Besatzung um nicht mehr als 10 000 Mann vermindert worden. Es sei unter diesen Umständen nicht überraschend, daß die deutsche Regierung allmählich verstimmte werde.

Weiter befahte sich der „Manchester Guardian“ mit der kürzlichen Antwort Briands auf die Rede Stresemanns und betont, daß die Vorschläge Stresemanns ungenügend seien, daß aber auch die Antwort Briands hinsichtlich der Kontrollinstanzen eine sehr weitgehende und für Deutschland unannehmbare Auslegung zulasse. Frankreichs Sicherheit sei allmählich durch die Verträge soweit garantiert worden, wie das überhaupt mögliche sei. Im übrigen müsse daran erinnert werden, daß nicht nur Deutschlands Erwartungen aus dem Locarnovertrag enttäuscht wurden, sondern auch diejenigen Großbritanniens. Briand habe sich sehr leichtsinig auf den Locarnovertrag bezogen, und es sei zu hoffen, daß Sir Austen Chamberlain ihn darüber aufklären werde, daß Großbritannien bisher die Gegenleistungen für seine Garantie des Locarnovertrages nicht erhalten habe.

## Polnische Wirtschaft.

8. Februar 1928

Aus Kattowitz wird gemeldet, daß der frühere Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Kattowitz Firsche wegen angeblicher Unterschlagungen verhaftet worden ist. Der Verhaftete ist bereits seit 1 1/2 Jahren nicht mehr im Dienst, da er sich freiwillig pensionieren ließ und nebenbei noch ehrenamtlich beim Oberversicherungsamt mit der Revision der Kassenbücher in der

Ortskrankenkasse Fleß beauftragt war. Firsche ist Kandidat der deutschen Wahlgemeinschaft für die Sejm- und Senatswahlen. Das allein dürfte der Grund für seine Verhaftung sein. Wie weiter verlautet, sollen noch Verhaftungen anderer Kandidaten der deutschen Wahlgemeinschaft bevorstehen.

## Polnische Willkürherrschaft in der Schulkreistreife.

Kattowitz, 8. Febr. Die deutschen Eltern aus Kojentzin, Kreis Lublitz, die sich seinerzeit geweigert hatten, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken, und gegen die Polizeistrafen verhängt wurden, standen gestern vor der Strafkammer in Lublitz, die die von der Polizei verhängten Strafen bestätigte. Gegen das Urteil ist bei der nächsthöheren Instanz Berufung eingelegt worden. Sollten auch dort die Urteile bestätigt werden, so ist Beschwerde beim Völkerverbund beabsichtigt.

## Zunahme der Wechselproteste in Polen.

Warschau, 8. Febr. In den Industrie- und Handelskreisen Polens hat in letzter Zeit die Zahl der protestierten Wechsel in einem Maße zugenommen, das zu den schlimmsten Beorganissen Anlaß gibt. Die Wechselproteste erfolgen in allen Branchen, selbst in der Kolonial- und Nahrungsmittelbranche, die bisher ihren Verpflichtungen am besten nachkam. Den statistischen Angaben nach wurde nur im Jahre 1924, nach der ersten Stabilisierung der Lotz, eine so hohe Anzahl Wechselproteste festgestellt.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Februar 1928.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und gedenkt des Ablebens des demokratischen Abgeordneten Rajchla, auf dessen Plak ein Strauß aus weißen Blumen niedergelegt ist.

## Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Mieterstuhgesetzes.

Danach soll zukünftig der Vermieter das Mietverhältnis kündigen können. Es läßt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungsschreiben zugehen, für das ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist, und das die bestimmte Tatsache enthalten muß, auf die die Kündigung gestützt wird. Der Mieter kann gegen die Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben. Die Vernehmung wird dann in einem gerichtlichen Güterverfahren nachgeprüft. Versäumt der Mieter die zweiwöchige Einspruchsfrist, so kann der Räumungsbefehl gegen ihn erlassen werden. Mit diesen Änderungen soll das Mieterstuhgesetz selbst bis zum 31. März 1930 verlängert werden.

Abg. Lipinski (Soz.) hält eine neue Forderung des Mieterstuhgesetzes für nicht notwendig. Der Wohnungsmangel sei immer noch katastrophal. Der Entwurf bedeute eine unerhörte Schädigung der großen Masse der Mieter. Die Sozialdemokratie lehne ihn ab und be-

antrage die unveränderte Verlängerung des Mieterstuhgesetzes. Das Mieterstuhgesetz sei Handelsobjekt für das Reichsschulgesetz gewesen. (Hört, hört links und Widerspruch beim Zentrum.) Ein großes Unrecht sei es, daß der Mieter ermittelt werden könne, wenn er nicht sofort Einspruch einlege. Früher habe der Mieter, wenn ihm die Kündigung zugestellt wurde, gewartet, bis der Vermieter den Klageweg beschritt. Diese Mieterentrechtung werde zum Prüfstein für den Bürgerblut werden. Die ganze Neuerung sei eine Spekulation auf die Unwissenheit und Ungechlichkeit des Mieters, mit deren Hilfe man die Zahl der Verfahren vermindern wolle.

Reichsjustizminister Herget erklärt, der Vorredner habe kein gutes Haar an dem Entwurf gelassen. Alle Gefahren sehe er in tausendfacher Vergrößerung, die Vorteile sehe er überhaupt nicht. Bei dem Kampf gegen diesen Entwurf handele es sich tatsächlich gar nicht um den vorliegenden kleinen Entwurf, sondern um eine Kampfstellung in den großen programmatischen Fragen: Wohnungszwangswirtschaft und freie Wirtschaft. Sowohl die Mieterverbände wie die Hausbesitzerkreise gingen erstlich auf den vorliegenden Gesetzentwurf überhaupt nicht ein. Der Minister stellt fest, daß ihm weit über 600 solcher Eingaben aus Hausbesitzerkreisen zugegangen seien. Diese Kampfstellung bringe Einseitigkeit und Uebertreibung des Standpunktes mit sich. Es sei bedauerlich, daß zu der Geißel der ungeheuren Wohnungsnot, unter der das Volk leide, noch die Geißel der Agitation getreten sei. Jede Zwangswirtschaft sei ein Übel. Der vorliegende Entwurf bringe aber weder eine Entscheidung nach der einen noch nach der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf halte genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Die Forderung der Zwangswirtschaft werde bewußt den Ländern überlassen. Bei dem Entwurf handele es sich nur um formale Erleichterungen, die Mietern und Vermietern zugute kommen. Er erleichtere auch die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse, indem er den etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wieder herstellt. Es sei aber nun durchaus nicht mit einer Flut von Kündigungen zu rechnen da das materielle Kündigungsrecht in keiner Weise erweitert worden sei. Der Minister erklärt, er habe zu der Vermieterschaft das Vertrauen, daß sie die neuen Bestimmungen nicht in einer die Mieter verächtlichen Weise anwendet. Andererseits würden die Mieterorganisationen ihre Mieter aufzuklären wissen, um sie vor schädlichen Wirkungen zu schützen. An dem Ausbau der Fürsorge werde weitergearbeitet werden. Der Minister schlägt zum Schluß vor, die Vorlage nicht schon zum 15. Februar, sondern erst am 1. April in Kraft treten zu lassen, da die Länder nicht in der Lage seien, die Ausführungsbestimmungen rechtzeitig fertigzustellen.

Abg. Domich (Dresdn) ist mit dem Minister der Meinung, daß die Bedeutung des vorliegenden Entwurfs weit überschätzt werde, und daß die große Beunruhigung, die er in der Öffentlichkeit hervorgerufen habe, unbegründet sei. Die Befürchtungen der Mieter seien völlig unangebracht, da der Hausbesitzer gar nicht daran denke, seine Mieter ohne Grund zu kündigen. Abg. Frenkel (Ztr.) erklärt, die Zentrumsfraktion bedauere außerordentlich die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Nach der letzten Wohnungszählung müsse man damit rechnen, daß wir in Deutschland dreieinhalb Millionen Wohnungssuchende haben. Der vorliegende Entwurf ändere den Mieterstuh in keiner Weise. Sowohl die Interessen der Vermieter wie die der Mieter seien gewahrt. Der Redner bedauert die Gegenstände zwischen Vermietern und Mietern über die Vorlage, stimmt ihr aber trotzdem zu, da es sich nur um eine formale Umstellung des Rechts, eine Verbesserung und Vereinfachung des Verfahrens handele. Abg. Büll (Dem.) bepricht dann die schweren Folgen, die die Firsche-Verordnung nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses für viele Gewerbetreibende gehabt habe. Der Redner wendet sich gegen weitere Erhöhungen der Mieten, da sich schon die letzten beiden Erhöhungen täglich ausgewirkt hätten. Abg. Seiffert (bei keiner Partei) gibt der Regierung den Rat, die Vorlage zurückzuziehen. Mit aller Entschiedenheit müsse von der Regierung endlich ein Bauplan verlangt werden, um die Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 14 Uhr verlegt. Schluß 18 1/2 Uhr.

## Die amerikanische Freigabebill.

8. Februar 1928

Der Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses, der die Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums vorsieht, wurde heute vom Finanzausschuß des Senats mit einigen unbedeutenderen Abänderungen angenommen.

Ungeändert blieben die Bestimmungen der Vorlage über die Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums sowie die Begrenzung der Entschädigung für deutsche Schiffe, Patente und Zunkanlagen auf 100 Millionen Dollar. Die Begleichung der Ansprüche der amerikanischen Regierung in Höhe von etwa 60 Millionen Dollar wurde bis zur vollen Befriedigung der deutschen und der amerikanischen Privatgläubiger zurückgestellt. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß deutsche im Jahre 1917 souverän geweiene Fürsten und deren Frauen und Kinder, die an deutschen Schiffahrtsgesellschaften beteiligt waren, von einer Entschädigung ausgeschlossen werden sollen. Aufgenommen wurde ferner die Anregung des Senats mit der deutschen Regierung über eine nachträgliche Zulassung verspätet — also nach April 1923 — bei der Schiedskommission angemeldeter Ansprüche zu verhandeln. Als neuer Schlußtermin wurde der 1. Juli 1928 vorgeschlagen.

Beju  
Der  
Schweiz  
von Bert  
Er fährt  
lin ab, u  
ter Bahn  
denen u  
den. Ab  
sehen, u  
am 24.  
leits ei  
dann  
und er  
Da  
Königs  
Chef des  
is, wird  
Bas die  
leiten be  
dem Bah  
wird, un  
wo der F  
Dupelpos  
ich wird  
einem de  
heit gebe  
Reichsw  
paares d  
zum Val  
Berlin te  
lorbe von  
stellt wir  
Die  
Wirtschaft  
die Arbeit  
verfügt, a  
nehmen.  
Der  
britisch  
höhen B  
benannt.  
Die  
die Sch  
nien proto  
Anliegen  
In  
eine Ru  
Personen  
Häufiger  
un  
43. P  
französi  
infolge ei  
der Alton  
43. Perlon  
und der  
Der Kap  
teile ein  
haus über  
40  
Gito sind  
und zwei  
müssen be  
Rathsbere  
Schiffen  
eine Reibe  
April?  
in Oslo  
De  
17. Fort  
Mit G  
die wieder  
vornehme  
nett und  
die Frau  
sie in alle  
weggefahr  
von den  
keine Min  
sie es den  
beimade a  
nach Brel  
war sie, g  
ihrer Uhr  
Reib der  
fahren wa  
„Ich h  
so vertrau  
bequem in  
„Das  
Papa man  
gan von  
schaftsm  
Water ver  
es etwas  
Gegend lo  
schade, se  
dann die  
„Und  
„Ich m